

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden, U. 16, Halbesonstraße 48

Verlagspreis 21 000
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Musik Beilage 10,00 M., Ausgabe B 9,45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10,85 M., Ausgabe B 9,90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Kunzigen: Ausgabe von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsstelle 1,40 M., im Restamt 3,50 M., Familien-Anzeigen 1,30 M. — Für unbeschriftete, sowie durch Fernsprecher mitgeteilte Kunzigen können nur die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Der ungekrönte König

• Allmählich bricht sich auch in weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Erkenntnis Bahn, daß es bei uns gegenwärtig zurzeit so etwas wie eine Not der Presse gibt. Von dem Umfang dieser Not, von der Bedeutung dieser Frage machen sich die meisten immer noch keinen Begriff. Während des ganzen Krieges hat die deutsche Presse von ihren Räten so gut wie gar nicht gesprochen. Und wie ist sie doch schillert worden. Nicht nur von der Zensur, dieser Herrlichsten aller Kriegseinrichtungen, bei der Deute gerichtet, Artikel gestrichen und Zeitungen verboten haben, die gemeist mit der Presse gar keine Fühlung hatten und sie vielfach als ein höchst überflüssiges Instrument ansahen. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete wurde der Presse sehr oft das Leben recht schwer gemacht. Durch Verbote von Stellenanzeigen, überhaupt durch Eingriffe in den Internenmarkt wurden ihr schwere Schäden zugefügt und auch hier wurde oft viellos gewaltet. Gar nicht zu reden von der besonders in den ersten Kriegsjahren größten Humutung, trotz zunehmender Papierknappheit spaltenlange Bekanntmachungen militärischer Art gratis und franco aufzunehmen. Nun sind ja die Fesseln der Zensur gefallen, dafür ist aber eine Erhöhung der Papierpreise und der Preise für Zeitungsrohstoffe gekommen, die einfach nicht mehr erträglich ist. Besonders hat darunter im Gegensatz zu großkapitalistischen Organisationen die deutsche Parteipresse zu leiden. Immer wieder hat in den letzten Monaten der Verein deutscher Zeitungsverleger seine warnende Stimme erhoben, immer wieder hat er darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht etwa um die Rettung von Privilegien handelt, sondern daß eine Stilllegung der Zeitungsindustrie einen Verlust für das öffentliche Leben bedeuten würde, während Konsequenzen gar nicht abzusehen sind. Es ist etwas Durchgreifendes aber bisher weder von der Regierung noch vom Parlament gesehen, und deshalb hat der Verein deutscher Zeitungsverleger in voriger Woche noch einmal in einer außerordentlichen Hauptversammlung in Dresden einen deutlichen Warnungsdruck erlassen. Mit Recht heißt es in einer der Entschlüsseungen: „Wenn die Regierung und die Parteien im Wahlkampf noch auf die Presse rechnen, dann müssen sofort ernsthafte Schritte geschehen, um das weitere Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten, andernfalls wird sich mit dem Schicksal der freien deutschen Presse das Schicksal der Parteien erfüllen, die nicht im Hande oder zu kurzfristig waren, sich diese Presse zu erhalten.“ Hoffentlich wird dieser Hilferuf nun nicht wieder ungehört verhallen, und wir richten von dieser Stelle aus auch an unsere Parteifreunde in der Reichsregierung, an die Reichsminister Giesberts, Gumbel und Wirth, das dringende Ersuchen, alles zu tun, um das Zeitungsvergewerbe vor der Katastrophe zu bewahren und vor allem die fiskalische Holzwirtschaftspolitik etwas unter die Lupe zu nehmen. Bei einer Untersuchung dieser fiskalischen Holzwirtschaftspolitik, die einen großen Teil Schuld an der gerade unglaublichen Papierpreiserhöhung trägt, wird sich zeigen, daß die Wünsche der deutschen Presse durchaus berechtigt sind.

Der deutschen Presse droht aber auch noch von anderer Seite her Gefahr. Es ist in diesen Tagen der Name des Herrn Hugo Stinnes genannt worden. Stinnes war und ist Industriemagnat im wahrsten Sinne des Wortes und zählt sich politisch zur deutschen Volkspartei. Dieser Herr Hugo Stinnes, der seinem Beruf nach mit der Presse nicht das geringste zu tun hat, hat nunmehr die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Berlin aufgekauft. Er will damit Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnen, und er hat bereits andere Zeitungsvernehmungen rechts gerichteter Art in seine Hände zu bekommen gewußt. Die Gefahr, die von dieser hochkapitalistischen Seite droht, ist für das öffentliche Leben geradezu ungeheuer. Es ist sonderbar, wie diese Leute es verstehen, sich dem Steuerbrücke zu entziehen und ihre Riesenkapitalien in ihrem Sinne „nahrungsreich“ anzulegen. Es war bis jetzt ein Privileg der deutschen Presse, daß sie im großen und ganzen frei von jeglicher Verunsicherung gewesen ist. Herr Stinnes hat sich in wenigen Monaten tatsächlich zu einer Art ungekrönter Zeitungskönig gemacht, der seine Herrschaft sicherlich mit starker Hand ausüben wird. Er hat sich schon früher durch eine geradezu ungeheure Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß er davon heute mehr denn je Gebrauch machen wird. Es ist auch hier höchste Zeit, daß Regierung und Parteien sich mit dem Problem des ungekrönter Zeitungskönigs Hugo Stinnes befassen; ebenso notwendig ist es aber auch, daß das deutsche Volk an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergeht. Wir richten daher vor allem an die Zeitungsmagnaten, wie richten an das christliche Volk überhaupt und an das lausische Volk im besonderen das dringende Ersuchen, mehr noch wie bisher ihres Presse Unrechtigkeit zu sehen und alles dafür zu tun, daß sie in die Lage versetzt wird, den Zeitungsverhältnissen Rechnung zu tragen. In seinem eben erschienenen Buche „Kulturfragen in der Deutschen Verfassung“ sagt Volker Dr. Josef Rausbach im Vorworte, daß eine dauernde Gerechtigkeit und Festigung der staatlichen Ordnung nur eintreten kann, wenn die sittlichen Quellen unserer Volkstugend neu erschlossen werden. Das ist aber nur möglich durch die Mitarbeit einer freien christlichen Presse. Und somit hat das deutsche Volk ein besonderes Interesse daran, daß seine Presse wieder die wirtschaftlichen

Not der Zeit, nach den Bestrebungen des ungekrönter Königs Stinnes zum Opfer fällt. Dieses Interesse des christlichen Volkes muß aber auch durch tatkräftiges Handeln praktische Auswirkung erfahren. Ist.

Zu dem Problem Stinnes schreibt Georg Bernward in der „Sächsischen Zeitung“ (Nr. 237 vom 9. Mai) unter anderem folgendes: „Der Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch Hugo Stinnes hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise wieder auf die Persönlichkeit gelenkt, deren Wirken von dem Eingeweihten schon seit längerem mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet wird. Die öffentliche Meinung ist in ihrer Aufmerksamkeit wesentlich durch die Tatsache beeinflusst, daß Stinnes durch den letzten Kauf das aus langer Tradition „halbsamliche“ Blatt der preussischen Regierung und der Reichsregierung in seine Hand bringt. Dieses Blatt stellt nicht bloß im realistischen Teile den Regierung, wie Bismarck es einmal ausdrückte, „weiches Papier“ zur Verfügung, sondern nach der Umformung seines Inhaltes und Namens durch den vor kurzem verstorbenen, besonders rührenden Verleger Reimar Hobbing stehen seine Auslandskorrespondenten in enger Verbindung mit den deutschen Gesandtschaften und berichten vielfach ausschließlich in deren Sinne. Diese Sonderstellung und namentlich Vorkaufsrechte auf dem Gebiete der Telegraphie und Telephonie, die die gesamte deutsche Presse trotz aller Hinweise auf die entsprechenden Verhältnisse im Ausland nie im gleichen Maße zu erweitern vermochte, bilden einen Teil des Gegenwertes für die Halbsamlichkeit. Aber in materieller Beziehung mindestens ebenso wichtig sind schon für die frühere „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die feinen Aufträge an die Druckerei der Zeitung gewesen, in der der „Reichsanzeiger“ und ein großer Teil der amtlichen Formulare für eine ganze Reihe von Reichs- und Staatsämtern hergestellt werden. In der Geschichte des öffentlichen Organs bildet er kein Novum, daß es sich im Besitz von Industriellen befindet. Denn die Gründer waren die Freiherren von Ohlenbörff, die bekannten Besitzer der Hamburger Gewandwerke. Aber immerhin besteht ein Unterschied zwischen jenen Hauspaten mit ihren einfach gelagerten Interessen und dem rheinischen Großindustriellen, der einen ganz bestimmten, wirtschaftspolitisch vielfach und unübersichtlich interessierten Typus des modernen Geschäftsmannes darstellt.“

Dazu kommt, daß der Kauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nur ein Glied in der Kette einer ganzen Reihe ähnlicher Transaktionen darstellt, die Stinnes bereits vorgenommen hat. Nach dem schon seit längerer Zeit die Stinnesche Leihbibliothek an einem großen Berliner Zeitungsgewerbe öffentliches Geheimnis war, erfolgte der Kauf der Berliner Druckerei Wagnerei, in der eine große Zahl rechtsgerichteter Blätter hergestellt wird. Später ging ein Dorfmaner Blatt in die Hände von Stinnes über, und vor wenigen Tagen wurde erst bekannt, daß auch die alte, ehrwürdige „München-Kuglerische Abendzeitung“ an ein Konjunktio übergegangen sei, auf dessen Leihbibliothek ebenfalls Stinnes vorzuziehen ist. Als vorläufig letztes Glied reihte sich dann der Kauf des früher hobbing'schen Unternehmens an. Bieleicht ist aber inzwischen schon wieder eine neue Erwerbung erfolgt. Denn nach unseren Berichten sind die Zeitungsaufkäufer des Industriemagnaten noch wie vor lebhaft tätig.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Stinnes darauf ausgeht, ein Monopol für deutsche Zeitungen zu schaffen. Es bedarf keiner Erläuterung, welche enorme Gefahr daraus für die öffentliche Moral und insbesondere für das politische Leben Deutschlands erwachsen kann. Auf den ersten Blick mag das freilich mancher nicht einsehen wollen. Denn Zeitungen zu besitzen, ist — rein äußerlich betrachtet — genau so ein kapitalistisches Geschäft, wie die Herstellung anderer Bedarfsartikel. Und für den mehr oder weniger großen Reichtum an Zeitungen ist tatsächlich auch in allen Ländern in erster Linie die kapitalistische Vorsehung des Unternehmers ausschlaggebend gewesen. Es könnte daher gleichgültig erscheinen, welcher Kapitalist Zeitungen besitzt. Aber für den Beruf des Zeitungsgewerbes hat sich doch im Laufe der Zeiten gerade als Gegenwehr gegen eine allzu kapitalistische Geschäftsführung und Unterdrückung der geistigen Triebkräfte eine besondere Berufsmoral herausgebildet. Parallel den Säuberungsbestrebungen der Journalistenorganisationen ist auch in den Berufsvereinen der deutschen Verleger das Bestreben immer reger geworden, die moralische Verantwortung aller Zeitungsgewerbetreibenden zu fördern, und besonders gegen Verführung an unethische Verquickungen ins Zeitungsvergewerbe hineinzutreten, die der Korruption Unterfallpunkt geworden. Es ist deshalb etwas wesentlich anderes, ob ein Zeitungsgewerbetreibender eine Zeitung herausgibt, um an dem Annoncenvertrag und den Annoncen zu verdienen, oder ob ein wirtschaftlich in der Hauptsache ganz von anders interessierter Kaufmann oder Industrieller Zeitungen zusammenkauft, um sie Sonderinteressen dienstbar zu machen, die äußerlich nicht sichtbar werden, aber dafür unter dem Deckmantel der Vertretung öffentlicher Interessen um so häßlicher propagiert werden können und sollen. Es ist hier genau so wie in ähnlichen Fällen: das offen ausgesprochene Geschäftszweck ist ehrlicher und kontrolliert sich selbsttätig als der vorgegebene Wohlthatigkeitszweck oder Gemeinwohlgedanke, bei denen direkt nichts verdient, womöglich sogar daraufgezehrt wird, die aber an anderer Stelle Millionengewinne zeitigen, die — in offener Weise erzielt — von der Öffentlichkeit nicht gebühret werden würden. Man braucht wohl nicht ausdrücklich dazulegen, was es heute für einen Industriellen zur Durchsetzung seiner Geschäftszwecke bedeutet, durch den Besitz einer großen Reihe von Zeitungen wirtschaftliche und politische Macht in beinahe unbegrenztem Maße ausüben zu können. Während Hugo Stinnes, der Partner von Stinnes im Zeitungsgewerbe und Anzeigengeschäft (NA) einer der Führer der Deutschnationalen ist, rechnet sich Hugo Stinnes augenblicklich zur Deutschen Volkspartei. Als deutscher Zeitungsmagnat würde er aber jede deutsche Partei beherrschen und tyrannisieren und in den Dienst seiner Interessen einspannen können.

Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß gerade einer Kapitalist wie Stinnes die Ausübung der politischen Macht kein ganz gleichgültiges Problem sein kann. Jedoch spielt im Rahmen des Stinnes'schen Gesamtbesitzes der Kauf von Zeitungen doch wohl nur eine Nebenrolle. In der Hauptsache handelt es sich hier in erster Linie um die Ausübung eines großangelegten geschäftlichen Planes. Stinnes hat in aller Stille, als er im Anschluß an den Kauf des Verlages Wagnerei die „Buch- und Zeitschriftenverlage Hugo Stinnes G. m. b. H.“ errichtete, den Grund zu einem großen Verlags- und Papiertrust gelegt. Er ist im Besitze einer Anzahl von namentlich ostpreussischen Zeitungs-

fabriken, die durch seine Verbindung mit Kohlen beliefert werden, und ist aller Wahrscheinlichkeit nach bereits auch an Papierfabriken beteiligt. Nichts liegt dem rein kapitalistisch-geschäftlichen Standpunkt näher, als im „gemischten Betrieb“ an die Städte der Kohleproduktion und der Herstellung von Halbzeug das Endstadium, die Verwendung des Halbfabrikates Papier für die Herstellung der Fertige Ware, Buch und Zeitung, anzuschließen. Dabei bleibt er natürlich am stärksten an hohen Preisen von Rohstoff und Papier interessiert. Und selbst wenn er an den eigenen Zeitungen infolge solcher Preispolitik Geld zusehen sollte, so erwächst ihm ein Mehrfaches an Gewinn aus der Ausbeutung der übrigen Zeitungsgewerbetreibenden.

Erst wenn man unter diesen rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Stinnes'schen Zeitungsaufkäufe ansieht, kommt man zu jener vollen Würdigung, die sie verdienen. Es wäre falsch, die Diskussion über den Fall einseitig auf das Gebiet der Verlegerinteressen und der drohenden Verdrängung des Journalismus schieben zu lassen. Denn es handelt sich hier um ein besonders charakteristisches Symptom des nachrevolutionären Wirtschaft. Das Stinnes'sche augenblicklich seine kapitalistische Nachausbeutung gerade in ein Gebiet zirkelt, das besonders politische und geistige Auswirkungen hat, tritt fast in den Hintergrund gegenüber der generellen Tatsache, daß „raendener im nachrevolutionären Deutschland hemmungslos Millionen auf Millionen verschleudern und in einem so gigantischen Ausmaß wie es bisher nur noch in Amerika üblich war, Unternehmung auf Unternehmung türmen kann.“

Es ist in der Öffentlichkeit schon darauf hingewiesen worden, daß Stinnes doch auch schon vor dem Jahre 1913 ein recht vermöglicher Mann war. Das ist richtig. Der jetzt kaum fünfzigjährige, der schon mit 18 Jahren nach einer kurzen Lehre bei Carl Spolter in Koblenz durch Gerichtsbeschluss für volljährig erklärt wurde, und bereits mit 20 Jahren nach praktischer Bergmannstätigkeit und technischem Studium Teilhaber der großstädtischen Firma Naubias Stinnes wurde, hatte seine später begründete eigene Firma sehr schnell zum Höhe gebracht. Sie besaß im Jahre 1913 schon 20 Niederlassungen in 8 fast allen europäischen Ländern vom äußersten Westen bis an die asiatische Grenze. Er hat nicht nur damals schon seine eigenen Mittel geschickt zum Ankauf von Kohlen- und Bergwerken, Eisenwerken und Schiffbauwerkstätten auszunutzen verstanden, sondern wollte auch — wobei Staatssekretär Dernburg als früherer Direktor der Darmstädter Bank ein Lied zu seinen Weis — die Mittel großer Bankinstanzen bis an die Grenzen von deren Leistungsfähigkeit ausnützen. Auf diese Weise hat er den Deutsch-Luxemburger und den Oesterreicher Kongress zusammengeschlossen. Aber so hat man das Stinnes'sche Vermögen (das doch auch durch das Notopfer nicht unerschütterlich gesichert werden dürfte), auch veranschlagen mag, ein Vielfaches seines alten Vermögens hat Stinnes im Kriege geschafft. Trotzdem aber ist anzunehmen, daß der gesamte Krieg wahrhaftig nur zur Erhöhung seines Vermögens nicht mehr beigetragen hat, als die noch nicht zwei Jahre, die zwischen dem Krieg und heute liegen. Erst die Nachkriegszeit hat es Stinnes ermöglicht, auf den allerwertvollsten Gebieten des Landes — in Ostpreußen — sein Vermögen zu vergrößern.

Und diese Talente sind außerordentlich groß. Es wäre ganz falsch, in Stinnes einen Parasiten der menschlichen Gesellschaft oder gar einfach einen Schieber zu sehen. Das Bild, das man sich von seinen Fähigkeiten machen muß, kann gar nicht erhaben genug sein. Hugo Stinnes ist ein Mann von durchdringendem Verstande und von einer nur bei genialen Naturen zu bemerkenden Unkompliziertheit des Denkens. Er hat eine in hohem Maße konstruktive Phantasie und eine auch in der Unterhaltung über einfache Dinge des Lebens überaus wirkende Kombinationsgabe. Kurzum: er ist der stärkste Organisator, den Deutschland überhaupt besitzt. Er stellt so sehr alles in den Schatten, was namentlich als Vertreter öffentlicher Interessen zurzeit in Deutschland herumläuft, das überall da, wo Stinnes'scher Erwerbssinn und öffentliche Interessen in Widerpruch zueinander treten, Stinnes Sieger bleiben muß. So hat er denn auch allmählich trotz aller Vorurteile, trotz aller Kriegserfolge und Revolutionenorden augenblicklich beinahe ganz Deutschland in ein Privatgeschäft für sich verwandelt. Es herrscht augenblicklich in der deutschen Republik kaum ein anderes Materialismus als der Stinnes'sche Geschäftsinteressen. Stinnes ist kein Reich, aber auch kein Arbeitslos zu hoch. Er ist ein Arbeitsgeber, dem es nicht einfallt, gegen die Organisationen zu arbeiten. Seine größte Stärke besteht vielmehr darin, die Arbeiter im Gehalt erwerblich über die Löhne an seinen Gewinnen gewissermaßen teilhaben zu lassen.

Dadurch verdoppelt sich natürlich die Gefahr des Typus Stinnes in einer Revolution, die einfach zu einem Lohnverwehren darzubieten werden ist. Stinnes hat — genau wie seine Arbeiter — kein Interesse an den Abbau der hohen Preise, er hat kein Interesse an der Befestigung der Inflation, er ist für den freien Handel.

Eine Rede des Reichslandwirtschaftsministers

Auf einem Bauerntage in Röh hielt der neue Reichslandwirtschaftsminister Dr. Gumbel, der der Bauernpartei angehört, eine bemerkenswerte Rede.

Es sei ihm, so führte der Minister nach der „Sächsischen Volkszeitung“ aus, ein Bedürfnis, bei der Tagung der deutschen Bauernvereine zu erscheinen, um sich mit den Vertretern der Landwirtschaft über ihre Wünsche und Auffassungen zu unterrichten und zu unterhalten. In scharfem erstem Augenblick trage die Besammlung, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in die Zukunft, großen Teilen des Volkes beste Arbeitslust und Arbeitskraft zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens. Anmerkenswerte Räume lebensfähiger Art drohen die letzten brauchbaren Grundlagen für die Wiederaufbauarbeit zu zerstören. Wir stehen vor den Entscheidungen verhandelter christlicher Kraft und niederbrechender Verarmung als dem Folgen jahrelanger ungenügender Ernährung des Volkes, insbesondere durch den Mangel an Weizen und Getreide. Wenn die hausende Schaffensfreude den einzigen Lichtblick für die deutsche Zukunft bedeute, dann muß die Gesundheitslehre ausreichender körperlicher Kräfte alle drei ersten Voraussetzungen der Arbeitsfreude, die wichtigste Aufgabe einer wirksamen und aufbauenden Regierungspolitik sein. Die neue Arbeit diene vor allem der neuen Reichslandwirtschaftsministerum. Aber der Preis soll nicht, wie bisher, nur durch bloße Erzeugung und Rationierung, sondern soll erreicht werden durch nachdrückliche Besetzung der